

## Europa 2.0, jenseits von Brüssel: Das Ende der EU, wie wir sie kennen

***Europa ist am Ende einer Ära angelangt. Nicht am Ende seiner Geschichte, sondern am Ende seiner falschen Form.***

7. Juni 2026 | Frank-Christian Hansel

Jahrzehntelang fungierte die EU als das große Ersatzprojekt eines Kontinents, der es nicht mehr wagte, politisch zu denken. Sie versprach Frieden ohne Macht, Ordnung ohne Volk, Einheit ohne Wurzeln und Wohlstand ohne Kosten. Das war ihre Gründungslüge, und es war von Anfang an eine Lüge.

Politische Ordnung entsteht nicht aus Verfahrensroutinen, Kommissionspapieren oder moralischer Selbstbeschwörung. Sie entsteht aus Völkern, Interessen, Grenzen, Loyalitäten und der Bereitschaft, das Eigene zu verteidigen. Legitime Autorität beruht auf einem Volk und dessen Zustimmung, nicht auf einem Apparat und dessen Fachwissen. Diese ältere Idee – dass die Regierung ihre Lebenskraft eher aus den Regierten als aus der Kompetenz ihrer Verwaltungsbeamten bezieht – ist genau das, was Brüssel seit zwei Generationen zu verwalten versucht.

Deshalb ist die heutige EU nicht der Höhepunkt der europäischen Geschichte, sondern ihr bürokratischer Erschöpfungszustand. Sie ist zu zentralisiert, um frei zu sein, und zu künstlich, um verbindlich zu sein. Sie verfügt über ein immenses Regelwerk, aber keine tragfähige politische Seele. Sie hat Institutionen, aber nicht jene historisch gewachsene Legitimität, die eine Gemeinschaft über Generationen hinweg zusammenhält.

Und so reagiert sie auf jede Krise mit dem gleichen Reflex: mehr Zentralisierung, mehr Umverteilung, mehr Standardisierung, mehr Disziplin. Was als Lösung verkauft wird, ist nur das Problem in vergrößerter Form.

Europa scheitert nicht, weil es zu wenig Brüssel gibt. Europa scheitert, weil es zu viel Brüssel gibt. Es scheitert an einer politischen Klasse, die den Kontinent nicht mehr als historischen Raum, sondern als Verwaltungsobjekt betrachtet. Es scheitert an einer Ideologie, die jeden organisch gewachsenen Unterschied als Mangel betrachtet und daher Völker, Traditionen und nationale Besonderheiten als zu verarbeitendes Rohmaterial ansieht. Und es scheitert an einer funktionalen Elite, die gelernt hat, Macht als Moral zu tarnen und ihre eigenen Interessen als universelle Werte auszugeben.

Es gibt einen Namen für diese Art der Regierungsführung: den Verwaltungsstaat – jene permanente, nicht gewählte Schicht, die jede Wahl überdauert, keinem Wähler Rechenschaft schuldig ist und wächst, ob die Öffentlichkeit dies will oder nicht. Brüssel ist diese Schicht, die zur kontinentalen Macht erhoben und sogar von der Unannehmlichkeit einer nationalen Wählerschaft befreit wurde. Es gibt keinen europäischen Demos, der die Verwalter abwählen könnte. Das ist kein Konstruktionsfehler. Es ist die Konstruktion.

Der wahre Skandal des heutigen Europas ist nicht einmal seine materielle Misswirtschaft, sondern seine intellektuelle Arroganz. Die EU verhält sich, als könne sie die Geschichte aussetzen – als ließen sich Kulturen wie technische Normen harmonisieren, als ließe sich politische Loyalität verordnen, so wie man eine Verpackungsverordnung erlässt. Als ließe sich ein Kontinent mit radikal unterschiedlichen historischen Erfahrungen, Wirtschaftsstrukturen, demografischen Entwicklungen und Sicherheitsrealitäten ohne Schaden in eine standardisierte Form pressen. Doch der Schaden ist bereits sichtbar. Die EU vereint Europa nicht. Sie zermürbt es.

Um zu verstehen, warum das so ist, ist es hilfreich, auf einen Text zurückzugreifen, der all dies vorausgesehen hat. Im Jahr 2011, lange vor den heutigen Umwälzungen, veröffentlichte der deutsche Sozialwissenschaftler Gunnar Heinsohn einen Aufsatz, dessen Titel ich hier übernommen und erweitert habe: „[Europa 2.0: Neuzuschnitt der Alten Welt](#)“. Er entstand in der ersten Panikphase der Euro-Rettungsaktionen und hat mit beunruhigender Präzision an Aktualität gewonnen.

Heinsohns Argumentation war in erster Linie keine Beschwerde über Brüssel. Es war eine Frage der Mathematik. Er ging von der Kette von Verbindlichkeiten aus, für die die produktive europäische Mittelschicht – die Netto-Steuerzahler, also diejenigen, die mehr einzahlen, als sie erhalten – stillschweigend zur Bürgschaft verpflichtet worden war. Zunächst die Bankenrettungen von 2008. Dann die Rettung Griechenlands und die großen Euro-Sicherungsmaßnahmen von 2010, die Anleihegläubiger und die wohlhabenden Schichten der Peripherie auf Kosten der Steuerzahler schützten, die nie gefragt wurden. Dann die impliziten Garantien, die auf die alternden, schrumpfenden Staaten Osteuropas ausgedehnt wurden. Und darunter eine ständig wachsende einheimische Bevölkerung, die ein Leben lang versorgt werden muss.

Der entscheidende Punkt war einfach und gnadenlos: Wenn all diese Versprechen – nach oben, nach unten und nach außen – auf einmal fällig werden, wird niemand mehr übrig sein, um die Menschen zu retten, die zur Rettung herangezogen wurden.

Der Mechanismus ist allgemeingültig. Eine Regierung, die Schulden kollektiviert, Verbindlichkeiten anonymisiert und Verantwortlichkeiten verwischt, wird am Ende immer diejenigen zur Kasse bitten, die den Fehlentscheidungen anderer nie zugestimmt haben. Heinsohn hat lediglich aufgezeigt, dass die EU dieses Prinzip selbst in ihre Verfassung geschrieben hat. Jede Ordnung, die Unterschiede in erster Linie als Finanzierungsproblem behandelt, muss zu einer Transfermaschine verkommen. Und eine Transfermaschine wird früher oder später politisch verhasst – weil sie die Produktiven moralisch enteignet und die Schwachen politisch infantilisiert, indem sie weder Tugend noch Reformen belohnt, sondern nur Abhängigkeit. Was sie am Ende hervorbringt, ist nicht Solidarität, sondern Ressentiment: eine bürokratisch gesteuerte Erschöpfung des Gemeinwohls.

Heinsohns tiefer gehender Schachzug bestand jedoch darin, diese finanzpolitische Maschinerie auf eine demografische zu setzen – und hier wird die Argumentation wirklich radikal. Die Transferleistungen sind nicht nur ungerecht, sie sind mathematisch zum Scheitern verurteilt, weil die Bevölkerung, von der erwartet wird, dass sie diese Leistungen trägt, zusammenbricht. In weiten Teilen Europas, und am stärksten im Osten, liegen die Geburtenraten seit zwei Generationen weit unter der Reproduktionsrate. Die produktive Basis schrumpft, während die Gruppe der Abhängigen wächst und altert. Man kann ein expandierendes Imperium von Garantien nicht mit einer schrumpfenden Nation von Garanten finanzieren. **Die Zahlen lassen Ideologie nicht zu.**

Daraus zog Heinsohn eine Schlussfolgerung, die das höfliche Europa immer noch nicht laut aussprechen will: Nicht alles Humankapital ist gleich, und eine Zivilisation, die ihre Fähigkeit verliert, Talente anzuziehen und zu fördern, bleibt nicht lange reich. Innovation entscheidet sich am oberen Ende der Verteilung, durch die Dichte der Hochbegabten, nicht durch die Anhebung des Durchschnitts.

Die Einwanderung einer großen Zahl gering qualifizierter Personen, so argumentierte er, koste Milliarden und ersetze keinen einzigen hochbegabten Kopf, während sich eine Gesellschaft, die nach Fähigkeiten auswählt – wie es die Schweizer und Dänen bereits tun –, erneuere. Lässt man die provokante Formulierung beiseite, bleibt eine klarere Aussage: Ein ernsthaftes Land gestaltet seine Einwanderungspolitik in seinem eigenen Interesse als selektives System und wählt die Menschen aus, die es braucht, anstatt jeden aufzunehmen, der zufällig ankommt. Eine Zivilisation, die nicht bereit ist, sich fortzupflanzen, hat ihre eigene Zukunft ohnehin bereits verpfändet.

Was auch immer man von diesen Behauptungen halten mag, Heinsohns Essay aus dem Jahr 2011 liest sich heute weniger wie ein Zeitdokument als vielmehr wie eine Prognose.

### **Was ist also die Alternative?**

Heinsohns Antwort lautete weder „mehr Europa“ noch „zurück zu den Nationalstaaten von 1914“. Es war eine Neugestaltung – eine bewusste Aufteilung des Kontinents in politische Räume, die tatsächlich funktionieren können, wobei jeder nach zwei strengen Kriterien organisiert ist: einer wirklich soliden Währung und einer Gesellschaft, die für die benötigten Talente wirklich attraktiv ist.

Sein Modell für beides war keine Abstraktion. Es war eine Art Schweiz.

Man bedenke, was Heinsohn daran bewunderte. Die Zentralbank monetarisiert nicht die Schulden schlecht geführter Regierungen; sie akzeptiert deren Wertpapiere nicht als Sicherheiten und kauft sie auch nicht auf – und genau deshalb kann ein Land mit weniger als neun Millionen Einwohnern eine Reservewährung unterhalten. Eine solide Währung, durchgesetzt durch die Weigerung, irgendjemanden zu retten.

Seine Kantone subventionieren sich nicht gegenseitig in eine dauerhafte Abhängigkeit; es gibt kein großes Ausgleichssystem, das Geld von den Leistungsfähigen zu den Vernetzten umverteilt. Stattdessen konkurrieren die Kantone – um innovative Unternehmen, um fähige Arbeitskräfte, um Investitionen – und steigern ihre Einnahmen, indem sie diesen Wettbewerb gewinnen, anstatt sich für einen größeren Anteil an den Einnahmen anderer einzusetzen.

Steuerwettbewerb, Haushaltsdisziplin und Föderalismus als Sport statt als Erpressung. Und die Einwanderungshoheit liegt auf lokaler Ebene: Es sind die Gemeinden, nicht ein fernes Zentralministerium, die entscheiden, wer sich wo niederlässt – weshalb die Kinder von Einwanderern in der Schweiz eher wie Schweizer Kinder abschneiden als wie eine permanente Unterschicht, die dort abgesetzt wird, wo ein Bürokrat Platz findet.

**Die Liste der Merkmale lässt sich leicht aufzählen:** Solide Währung, dezentrale Autorität, lokale Kontrolle darüber, wer sich wo niederlässt, Steuerwettbewerb anstelle von Umverteilung und eine Zentralregierung, die nur die wenigen Dinge koordiniert, die wirklich koordiniert werden müssen, und den Rest der Entscheidungsebene überlässt, die dem Geschehen am nächsten ist. Das europä-

ische Wort dafür lautet Subsidiarität. Heinsohns stille Provokation bestand darin, darauf hinzuweisen, wo sie tatsächlich noch Bestand hat – nicht in der EU, sondern in jenem kleinen, hartnäckigen Staatenbund, den die Union zwei Jahrzehnte lang mit Geldstrafen, Druck und Zwangsmaßnahmen zur Unterwerfung zu zwingen versuchte.

Heinsohn führte diesen Gedanken dann zu Ende und fragte, wie Europa aussehen würde, wenn es nach diesen Kriterien und nicht nach überlieferten Grenzen organisiert wäre. Die Kriterien selbst sind der springende Punkt, und es lohnt sich, sie klar zu formulieren, denn sie beschreiben eher eine Richtung als ein Ziel:

Ein lebensfähiger Raum ist seiner Darstellung nach ein Raum, der seine eigene solide Währung sichern kann, ohne die Schulden anderer zu monetarisieren; ein Raum, der attraktiv genug ist, um die Talente anzuziehen und zu halten, die er benötigt, anstatt lediglich die Abhängigen, die er aufnimmt; ein Raum, der so bürgernah regiert wird, dass die Zustimmung echt ist und nicht nur vorausgesetzt wird; und ein Raum, der von einer unbegrenzten Haftung für das Versagen anderer befreit ist. Räume, die diese Kriterien erfüllen, halten von selbst zusammen. Räume, die dies nicht können, müssen durch Transferzahlungen und Verordnungen zusammengehalten werden – genau das ist die Bedingung, die Europa derzeit unter großem Aufwand aufrechtzuerhalten versucht.

Darauf aufbauend entwarf er eine bewusst provokative Karte – keine Prognose und keinen Plan, sondern eine Möglichkeit, die Kriterien zu konkretisieren. Er stellte sich vor, wie sich der Kontinent zu einer Handvoll postnationaler Wirtschafts- und Kulturräume neu formieren würde, geordnet nach Affinität – Wesensverwandtschaft – und nach ihrer Fähigkeit, diese Kriterien zu erfüllen:

Eine nördliche Föderation, die die skandinavischen Länder mit dem prosperierenden deutschen Norden vereint. Eine Alpenföderation, die sich um den Schweizer Kern herum bildet und die wohlhabenden Regionen Süddeutschlands, Österreichs und Norditaliens einbezieht, die bereits denselben wirtschaftlichen Charakter teilen. Ein wiederbelebtes Gemeinwesen im gesamten ehemaligen polnisch-litauischen Raum im Osten. Eine Mittelmeerunion mit eigener südlicher Währung und eigener Ausrichtung, die sich vom iberischen Atlantik bis zur östlichen Küste des Mittelmeers erstreckt. Und dort, wo die alten Zentren der Nachkriegsordnung verblieben, ein Restwestblock um Berlin, Paris und London. Er erlaubte sich sogar die Ketzerei anzunehmen, dass produktive Regionen eines Tages politisch entscheiden könnten, welchem Raum sie angehören wollen – dass die Zugehörigkeit selbst eher der Funktion als dem Erbe folgen könnte.

Ich habe dies so dargelegt wie Heinsohn: als Gedankenexperiment, das eine Richtung aufzeigen soll – nicht als Programm irgendjemandes und schon gar nicht als mein eigenes. Sein Wert liegt nicht in den Grenzen, die es zieht, sondern in der Frage, die es aufwirft. Politische Zugehörigkeit ist kein Naturgesetz, das von den Kartographen des Jahres 1815 für immer festgelegt wurde, und Räume, die weder echte Souveränität noch echte Loyalität hervorbringen, haben keinen Anspruch auf Beständigkeit, nur weil sie zufällig existieren. Heinsohn merkte trocken an, dass seine neu gezeichnete Karte die konservative, bodenständige Option sei – weitaus realitätsnäher als der libertäre Traum vom „Seasteading“, der Flucht auf künstliche Inseln außerhalb der Reichweite jeglicher Regierung.

Wenn die nüchterne Alternative ein neu zugeschnittener Kontinent ist und die radikale Alternative schwimmende Städte in internationalen Gewässern, dann hat man ein gutes Maß dafür, wie erschöpft die überlieferte Ordnung geworden ist.

Der wesentliche Kern all dessen ist nicht die Karte, sondern das Prinzip, und dieses Prinzip möchte ich weiterführen. **Europa sollte nicht länger als Projekt der Einheitlichkeit verstanden werden, sondern als ein System differenzierter politischer Räume.** Das ist kein Rückfall in eine Zersplitterung in Kleinstaaten. Es ist die längst überfällige Anerkennung der europäischen Realität. Der Kontinent war immer dann am produktivsten, wenn er Vielfalt mit Form verband – wenn seine politischen Einheiten überschaubar, legitim und handlungsfähig blieben und eine umfassendere Zusammenarbeit nur dort stattfand, wo sie wirklich Sinn machte. Er wurde schwach, wann immer er Institutionen schuf, die weder echte Souveränität noch echte Zugehörigkeit hervorbrachten.

**Ein neues Europa würde daher mit einer konsequenten Entflechtung beginnen.** Alles, was nicht zwingend einer kontinentalen Regulierung bedarf, geht zurück an die souveränen Staaten – nicht aus Nostalgie, sondern aus Vernunft. Grenzschutz, große Infrastrukturkorridore, ausgewählte Sicherheitskooperationen, Rohstoff- und Energiesicherheit sowie bestimmte Handelsfragen: Hier kann eine gemeinsame Koordinierung erforderlich sein. Kulturpolitik, Sozialpolitik, Identitätsfragen, weite Teile des Wirtschafts- und Regulierungsrechts und vor allem die Frage der demokratischen Selbstverwaltung gehören jedoch nicht in einen supranationalen Apparat. Wo immer Politik existenziell wird, muss die Entscheidung wieder auf die Menschen und den Staat zurückverlagert werden.

Genau hier liegt auch der heikelste und empfindlichste Punkt, der eine ernsthafte kontinentale Ordnung von einem gelenkten Block unterscheidet. Europa kann nur dann als Kontinent denken, wenn es aufhört, sich um eine permanente Feindesarchitektur herum zu organisieren. Eine Ordnung, die in erster Linie gegen Russland gerichtet ist, ist auf lange Sicht überhaupt keine europäische Ordnung; sie ist vielmehr die strategische Ausdehnung von Interessen von außen, die auf europäischem Boden umgesetzt wird.

**Eine tragfähige kontinentale Ordnung müsste einen Weg finden, Russland einzubeziehen, anstatt es für immer auszuschließen.**

Das ist keine sentimentale Russophilie, und es ist auch kein Leugnen der Existenz realer Konflikte. Es ist die Anerkennung einer grundlegenden Tatsache der Geopolitik: Ein Kontinent, der seine größte östliche Macht dauerhaft aus der Welt schreibt, macht sich selbst zum Vorfeld anderer.

Frieden entsteht nicht aus moralischer Empörung. Er entsteht aus einer dauerhaften Ordnung von Macht, Interessen und Raum – aus ausgewogenen Sicherheitsinteressen, begrenzten Einflussphären und einer neu geordneten wirtschaftlichen Verflechtung. Wer Russland aus Europa ausklammert, definiert Europa als einen geopolitisch unvollständigen Raum, dessen Sicherheit von Entscheidungen abhängt, die anderswo getroffen werden. Und ein Kontinent, der sich nicht verteidigt, nicht finanziert und nicht einmal selbst definiert, kann sich kaum wundern, wenn seine Verbündeten anfangen zu fragen, warum sie dies weiterhin für ihn tun sollten.

Und hier kommt Heinsohns monetäres Gespür ein letztes Mal zum Tragen. Er stellte sich vor, dass schon die Namen der Währungen ein europäisches Gefühl aufrechterhalten könnten – eine nordische Krone, ein Alpenfranken sowie ein östlicher, ein westlicher und ein mediterraner Euro, die um internationales Vertrauen konkurrieren. Lässt man die Einzelheiten außer Acht, ist das Prinzip klar: Wettbewerb diszipliniert das Geld ebenso wie alles andere. Eine einheitliche Währung, die radikal ungleichen Volkswirtschaften aufgezwungen wird, ist kein Symbol der Einheit. Sie ist ein Mechanismus, der die Disziplinlosigkeit anderer in die eigene Inflation umwandelt.

Daraus ergibt sich ein einziges europäisches Prinzip: **Zusammenarbeit ohne Verschmelzung.** Nähe ohne Zentralismus. Kontinentalität ohne Imperium. Europa wäre nicht länger eine Union ideologischer Konformität, sondern ein Staatenbund historischer Völker und politischer Räume – fähig, wieder frei zu atmen, weil nicht alles auf dieselbe institutionelle, wirtschaftliche und moralische Temperatur gebracht werden müsste. Anstelle von Harmonisierung um jeden Preis: die Freiheit, die eigene Ordnung zu gestalten. Anstelle von Integration als Selbstzweck: Zusammenarbeit auf der Grundlage gemeinsamer Interessen. Anstelle eines normativen Superstaates: ein Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten, Formen und Schwerpunkte.

Und genau das ist der einzige Weg zu echter europäischer Souveränität. Europa wird nicht souverän, weil Brüssel mehr Befugnisse an sich reißt. Es wird erst dann souverän, wenn seine Staaten und Völker wieder echte politische Substanz erlangen und auf dieser Grundlage Bündnisse schmieden. Souveränität erfordert Fähigkeiten, keine Rhetorik – industrielle, militärische, technologische und kulturelle Selbstbehauptung. Ein Europa, das sich zu Hause auf Zensur und Regulierung versteift, während es im Ausland seine Grenzen, seine Energieversorgung und seine strategische Infrastruktur nicht sichern kann, ist nicht souverän. Es ist ein normativer Koloss auf tönernen geopolitischen Füßen.

Hier fällt die Maske des europäischen Moralismus endgültig. Die EU spricht von Demokratie, während sie den Spielraum zulässiger Meinungen einschränkt. Sie spricht von Vielfalt, während sie kulturelle Konformität anstrebt. Sie spricht von Frieden, während sie durch ideologische Blocklogik neue Konfrontationslinien schafft. Sie spricht von Offenheit, während sie die Kontrolle über ihre Grenzen verliert. Sie spricht von Resilienz, während sie sich selbst abhängig macht. Nichts davon ist Zufall. Es ist das logische Ergebnis eines Projekts, das die politische Realität durch normative Selbstinszenierung ersetzt hat.

Die Alternative ist kein naiver Nationalismus, sondern ein europäischer Realismus – ein Realismus, der versteht, dass Völker nicht verschwinden, nur weil Eliten sie als peinlich empfinden; dass Räume ihre Bedeutung nicht verlieren, nur weil Technokraten sie als Funktionszonen neu definieren; dass die Geschichte nicht endet, nur weil eine Bürokratie versucht, sie wegzuregulieren; und dass Ordnung nur dort Bestand hat, wo Freiheit, Zugehörigkeit und Verantwortung wieder zusammengeführt werden.

Europa braucht daher keine kosmetische Korrektur seiner Institutionen. Es braucht einen Wandel der politischen Form: weg von einer moralisch aufgeladenen Verwaltungsunion hin zu einer Ordnung des Kontinents; weg von abstrakter universeller Ideologie hin zu einer konkreten Zivilisationspolitik; und weg vom ständigen Bestreben, das Europäische gegen eben jene Bedingungen zu definieren, die Europa erst möglich gemacht haben. Europa muss aufhören, sich von seinem eigenen Erbe emanzipieren zu wollen, und wieder lernen, daraus Kraft zu schöpfen.

Nur dann könnte die heutige Krisenzone wieder zu einem historischen Raum werden: ein Europa, das nicht länger unter der Vormundschaft seines eigenen Apparats steht; ein Europa, das nicht jede interne Differenz als Bedrohung oder jede Außengrenze als moralisches Versagen betrachtet; ein Europa, das sich selbst als Kontinent ernst nimmt – vielfältig in seinen Formen, klar in seinen Grenzen, nüchtern in seinen Interessen und entschlossen, sich zu verteidigen.

Die Zeit der EU, wie wir sie kennen, läuft ab. Die einzige Frage ist, ob Europa diesen Wandel selbst gestalten wird – oder ob es durch die Widersprüche seiner eigenen künstlichen Konstruktion auseinandergerissen wird und sein Platz in der Welt von anderen bestimmt wird.

Die Alternative ist klarer, als viele zugeben wollen:

Entweder wird Europa wieder politisch – oder es bleibt ein Apparat, bis andere Mächte über seinen Platz in der Welt entscheiden.